

«Endlich Volkswillen durchsetzen»

«Der Bundesrat hat schon kapituliert», sagt alt Bundesrat und SVP-Parteistrategie Christoph Blocher. Strategisch sei es völlig falsch, dass der Bundesrat gestern abermals betont habe, der Wegfall der bilateralen Verträge komme unter keinen Umständen in Frage.

VON KARI KÄLIN

Herr Blocher, der Bundesrat führt Kontingente und den Inländervorrang ein. Sind Sie zufrieden?

Christoph Blocher: Der Bundesrat hat gestern jene Umsetzungsvariante präsentiert, die man erwarten konnte. Sie orientiert sich am System der Kontingente und des Inländervorrangs, wie wir ihn zwischen 1970 und 2007 kannten. Allerdings hat der Bundesrat für den Bezug von Sozialversicherungsgeldern keine längeren Wartefristen definiert. Auch den Familiennachzug hat er nicht eingeschränkt. Da müssen wir in der Vernehmlassung Gegensteuer geben.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga sieht sich durch die SVP-Masseneinwanderungs-Initiative unter Zeitdruck gesetzt. Wäre es nicht hilfreich, der Bundesrat hätte mehr Zeit als bis Februar 2017, die Personenfreizügigkeit mit Brüssel neu zu verhandeln?

Blocher: Nein. Erstens hätte der Bundesrat den gleichen Umsetzungsvorschlag schon im Juni vorlegen können. Zweitens braucht man nur ein be-



Christoph Blocher, der sich stark für die SVP-Zuwanderungs-Initiative engagierte, ist nicht zufrieden mit den Vorschlägen des Bundesrates. Bild Selwyn Hoffmann

stehendes Konzept aus der Schublade zu ziehen. Und drittens soll der Bundesrat jetzt endlich vorwärtsmachen und die Zuwanderung beschränken, wie es das Volk beschlossen hat. Wenn er nach längeren Fristen ruft, zeigt dies nur, dass er dem Volkswillen möglichst lange nicht Rechnung tragen will.

Trauen Sie dem Bundesrat erfolgreiche Verhandlungen mit der EU zu?

Blocher: Der Bundesrat hat schon kapituliert. Er hat gestern abermals betont, dass für ihn der Wegfall der bila-

teralen Verträge unter keinen Umständen in Frage kommt. Strategisch ist das völlig falsch.

Wieso?

Blocher: Bei dieser Ausgangslage kann die EU der Schweiz drohen, sie lasse die Bilateralen im Falle einer Kündigung der Personenfreizügigkeit fallen, auch wenn die Länder dies gar nicht wollen. Und schon knickt der Bundesrat ein, obwohl er jetzt so tut, als setze er den Volkswillen um. In dieser Zeit wird die Zuwanderung weiterhin stei-

gen, allein im letzten Jahr schon wieder mehr als 80 000 Personen, die hier bleiben!

Soll der Bundesrat die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen, wenn die Verhandlungen über eine Anpassung im Sinne der SVP-Masseneinwanderungs-Initiative scheitern?

Blocher: Ja, natürlich: Wenn die EU eine Anpassung der Personenfreizügigkeit nicht akzeptiert, muss der Bundesrat die Kontingente und den Inländervorrang durchsetzen und das Abkommen kündigen.

Dann fällt die Guillotine, und alle Abkommen der Bilateralen I sind nichtig.

Blocher: Das glaube ich nicht. Grundsätzlich gilt aber: Der Nachteil einer jährlichen Zuwanderung von 80 000 Personen mit all ihren Folgekosten für die Infrastruktur und die Sozialversicherungen ist gravierender als der allfällige Wegfall der Bilateralen, was die EU aber nicht will.

Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann sieht das anders. Wer die Bedeutung der Bilateralen für die Wirtschaft kleinredet, der spiele wider besseres Wissen mit dem Feuer.

Blocher: Ich bin nicht gegen die Weiterführung der bilateralen Verträge. Deren Bedeutung wird jedoch massiv überschätzt. Ich bin überzeugt: Die EU wird nicht auf diese Abkommen verzichten wollen. Sie hat kein Interesse daran, wieder tarifäre Handelshemmnisse einzuführen und Maschinen in die Schweiz zweifach zertifizieren zu lassen. Die Europäische Union will weiterhin mit ihren Lastwagen ungehindert durch den Gotthard brettern können. Der Bundesrat soll endlich den Volkswillen durchsetzen!

Chronologie Bern beisst in Brüssel auf Granit

► **9. Februar 2014:** Die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» der SVP wird angenommen. Die EU-Kommission reagiert: Das Votum verletze das Prinzip des freien Personenverkehrs zwischen der EU und der Schweiz.

► **12. Februar:** Der Bundesrat kündigt an, bis Ende Juni ein Konzept für die nötigen Gesetzesanpassungen vorzulegen. Die EU-Botschafter nehmen das EU-Mandat für Verhandlungen mit der Schweiz über ein Rahmenabkommen zur Lösung der institutionellen Fragen vorläufig von der Agenda.

► **16. Februar:** Die Schweiz informiert Kroatien, dass sie das fertig ausgehandelte Protokoll zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit nicht unterzeichnen kann. Die EU legt die Verhandlungen über das Forschungsprogramm Horizon 2020, das Bildungsprogramm Erasmus+ und das Stromabkommen auf Eis.

► **22. Mai:** Die Schweiz und die EU beginnen die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen.

► **20. Juni:** Der Bundesrat präsentiert ein Konzept zur Umsetzung des Zuwanderungsartikels, das sich eng an den Text der Initiative hält. So soll die Zuwanderung ab Februar 2017 wieder mit Höchstzahlen und Kontingenten gesteuert werden.

► **7. Juli:** Die Schweiz reicht bei der EU formell das Begehren zur Anpassung des Freizügigkeitsabkommens an die neue Verfassungsbestimmung ein.

► **25. Juli:** Die EU weist das Revisionsbegehren zurück.

► **26. Juli:** Die Schweiz und die EU einigen sich auf eine Zwischenlösung für Horizon 2020.

► **30. November:** Die Stimmberechtigten lehnen die Ecopop-Initiative ab.

► **4. Dezember:** Die EU-Minister heissen das Abkommen über eine partielle Beteiligung der Schweiz an Horizon 2020 gut.

► **8. Dezember:** Die EU-Staaten stellen sich hinter den Entscheid der EU-Kommission, mit der Schweiz die Personenfreizügigkeit nicht neu zu verhandeln.

► **8. Januar 2015:** Economistesuisse und andere Wirtschaftsverbände bringen für die Zuwanderung aus EU-Staaten die Einführung von Schutzklauseln ins Spiel.

► **3. Februar:** Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf irritiert in Singapur mit ihrer «persönlichen Meinung», wonach «es in ein paar Monaten» eine weitere Abstimmung im Zusammenhang mit der Zuwanderungs-Initiative geben werde. (sda)

Grosse Differenzen Die vier Schaffhauser Bundesparlamentarier zum Vorschlag des Bundesrates

Hannes Germann (SVP): «Es ist gut, dass die Schweiz loslegt»

Der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann hebt als positiv hervor, dass der Bundesrat endlich einen Vorschlag gebracht hat. Positiv findet er auch, dass eine Flexibilität im System belassen wird. Germann vermisst allerdings, dass im bundesrätlichen Vorschlag die Flexibilität für die Kantone nicht explizit erwähnt wird. Als problematisch erachtet er zudem, dass das Flüchtlings- mit dem Arbeitskräftewesen vermischt wird. Ob dieses System praktikabel sei, müsse nun sorgfältig geprüft werden. «Auf jeden Fall ist es gut, dass die Schweiz loslegt und sich die Lösung nicht mehr von der EU diktieren lässt», sagt Germann. (taz)



Thomas Minder (parteilos): «Inländervorrang im Fokus»

Für Ständerat Thomas Minder ist die Umsetzung des Inländervorranges zentral. «Es kann nicht sein, dass diejenige Branche Erleichterungen erhält, die am lautesten jammert», so Minder zum Vorschlag des Bundesrates. Dieser sieht bezüglich der Prüfung des Inländervorranges Ausnahmen bei Branchen «mit ausgewiesenen Fachkräftemangel» vor. Weiter kritisiert Minder das Timing der Regierung, etwa bei Bundesrätin Sommarugas Reise nach Brüssel. «Dass sie mit leeren Händen und so früh nach Brüssel reiste, zeigt für mich, dass der Bundesrat die Befindlichkeiten der EU höher gewichtet als die des Volkes.» (vbu)



Thomas Hurter (SVP): «Schwache Verhandlungsposition»

«Der Bundesrat handelt nicht aus der Stärke heraus. Dass er von Anfang an sagt, das Abkommen über die Personenfreizügigkeit müsse angepasst werden, schwächt seine Verhandlungsposition», sagt Thomas Hurter. Besser wäre gewesen, mit klaren Forderungen nach Brüssel zu gehen – Gegenforderungen könne man getrost der EU überlassen. Positiv bewertet der Nationalrat, dass auf ein starres Reduktionsziel verzichtet, kantonale Interessen berücksichtigt und weiterhin am Inländervorrang festgehalten werden soll. «Nun müssen die Unternehmen zeigen, dass sie sich auch wirklich zum Standort Schweiz bekennen.» (vbu)



Martina Munz (SP): «Reformen müssen angepackt werden»

«Der Bundesrat ist auf gutem Kurs», sagt die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz. Er habe einerseits einen Gesetzesvorschlag erarbeitet, der einigermassen verträglich sei, der andererseits auch Positionen für Verhandlungen mit der EU offenlasse. Innenpolitisch müssten laut Munz aber Reformen angepackt werden. So solle eine Bildungsoffensive gestartet werden. «Zum Beispiel Frauen, Ausländer und über 50-Jährige müssen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden», sagt Munz. Sie ist aber froh, dass die Kontingentslösung nur im äussersten Notfall zum Zug komme. Dadurch habe das Paket eine Chance. (taz)



ANZEIGE

Gemeindepräsidenten für mehr Energieeffizienz



Hans Rudolf Meier
Gemeindepräsident
FDP, Wilchingen



Peter Neukomm
Stadtpräsident
SP, Schaffhausen



Martin Kern
Gemeindepräsident
parteilos, Rüdlingen



Philippe Brühlmann
Gemeindepräsident
SVP, Thayngen



Hansueli Graf
Gemeindepräsident
SVP, Oberhallau



Stephan Rawlyer
Gemeindepräsident
FDP, Neuhausen a. Rhf.



Claudia Eimer
Stadtpräsidentin
parteilos, Stein a. Rh.



Hanspeter Kern
Gemeindepräsident
SVP, Buchberg

8. März 2015

Bewährtes weiterführen:

Energie sinnvoll nutzen und Kosten sparen.

Revision Baugesetz

mit Regierungsrat und Kantonsrat

JA